

»Der Vertrag war im Grunde ein Witz«

Der Berliner Rechtsanwalt Christoph Partsch, 63, erklärt, warum die Maskenbeschaffung des Bundes während der Coronapandemie die Steuerzahler nach einem aktuellen Gerichtsurteil teuer zu stehen kommen könnte.

SPIEGEL: Herr Partsch, Sie vertreten rund 20 Händler, bei denen der Bund während der Coronapandemie Masken bestellt hatte. Später hat er sie ihnen nicht mehr abgenommen. Was hat das Landgericht Bonn nun in einem Fall entschieden?

Partsch: Das Gericht hat den Bund zur Zahlung verurteilt. Der Bund kommt somit nicht aus dem Vertrag durch einen Rücktritt oder Ähnliches heraus. Er muss für jede Maske die damals vereinbarten 4,50 Euro zahlen. Selbst bei angeblichen Mängeln darf er höchstens verlangen, dass ihm der Verkäufer Ersatz liefert. So eine Ersatzmaske kostet den Händler heute aber nur noch ein paar Cent.

SPIEGEL: In diese Richtung ging schon ein früheres Urteil aus Bonn. Was ist jetzt der aktuelle Stand?

Partsch: Das Einzige, womit der Bund durchgekommen ist: Er muss nach Ansicht des Gerichts keine Verzugszinsen zahlen, obwohl er das anfangs noch in einzelnen Fällen getan hatte.

SPIEGEL: Gerade erst hat der Bundesrechnungshof die »anhaltend hohen Lagerbestände« beklagt. Was soll Deutschland mit noch mehr Schutzmasken anfangen?

Partsch: Das ist das Problem des Bundes, das hat er sich selbst eingebrockt. Der Bund hat einen Vertrag gemacht, der im Grunde ein Witz war. Der Vertrag besagt: Jeder, der mir eine Maske für 4,50 Euro anbietet, dem kaufe ich sie ab. Ohne Limit, was die Menge angeht. Das ist wie eine Facebook-Einladung, da sollte ich mich auch nicht wundern, wenn hinterher mehr Leute vor der Tür stehen, als in mein Wohnzimmer passen. Das Gesundheitsministerium hat sich Milliarden Masken auf den Hof bestellt, dazu muss es jetzt auch stehen. Offenbar will es sich aber mit allen

Tricks vor der Verantwortung drücken. Das fing schon damit an, dass der Bund die Masken einer Prüfung unterzog, die nach den einschlägigen Normen so nicht vorgesehen war.

SPIEGEL: Ist das Urteil rechtskräftig?

Partsch: Nein, beide Seiten können in Berufung gehen. Ich erwarte, dass der Bund wie üblich am letzten Tag der Frist Berufung einlegt.

SPIEGEL: Weil er das schon öfter gemacht hat?

Partsch: Ich habe den Eindruck, dass der Bund maximal auf Abwehr spielt. Anfangs hat er sich noch auf Vergleiche eingelassen, vor allem mit Personen, die einen guten Draht ins Ministerium hatten. Heute sehe ich keine Bereitschaft mehr, sich mit Händlern zu einigen.

SPIEGEL: Der Streit wird also noch Jahre vor Gericht weitergehen?

Partsch: Der Bund kann noch in die Revision gehen, dann kann die Sache vom Bundesgerichtshof zurückverwiesen werden an das Oberlandesgericht. Und in dieser Zeit setzt der Bund offenbar darauf, dass den Händlern die Luft ausgeht.

SPIEGEL: Der Rechnungshof hat kritisiert, dass das Bundesgesundheitsministerium seine Akten zu den Maskengeschäften allzu pauschal als vertrauliche Verschlussachen eingestuft hat und damit geheim hält. Wie ist diese Kritik einzuordnen?

Partsch: Noch nie hat der Rechnungshof das Verhalten einer Bundesregierung im Hinblick auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) so scharf gerügt. Wir führen rund 50 Verfahren auf IFG-Auskunft, sowohl für die Presse als auch für Händler. Wir haben jetzt ein sehr gutes Argument, um den Vorwand der Verschlussache zu widerlegen. Denn das Ministerium hat die Unterlagen intern nicht mal selbst wie Verschlussachen behandelt. AMP



Partsch

A. Labrenz / Agentur nitro



Johannes Aitz / DER SPIEGEL

»Wie grausam Kriege sind«

DER AUGENZEUGE Albrecht Laue, 50, aus Hamburg sucht mit einem Verein nach Überresten von Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg gefallen sind.

»Wenn ich abends mit den anderen am Lagerfeuer sitze, werde ich emotional. Dann unterhalten wir uns über die Schicksale der gefallenen Soldaten, deren Überreste wir tagsüber ausgegraben haben. Manchmal finden wir in den Hosentaschen noch Reste eines Briefes an die Mutter, einen Rosenkranz oder eine Geldbörse, in der eine Haarlocke steckt. Vielleicht vom Kind des Soldaten.

Tagsüber denken wir nicht über die Schicksale nach. Da arbeiten wir akribisch und graben stellenweise mit Spachtel und Pinsel in der Erde, legen Knochen frei. Zusammen mit Historikern und Anthropologen und vielen Freiwilligen aus ganz Europa engagiere ich mich ehrenamtlich für den Verein zur Bergung Gefallener in Osteuropa. Seit 32 Jahren fahren wir an Orte in Deutschland, Polen, der Ukraine, vor dem Ukraine-Krieg auch Russland. Wir arbeiten mit den lokalen Behörden zusammen und graben an Stellen, an denen Soldaten ums Leben gekommen sind. Bislang haben wir 7708 Kriegstote verschiedener Nationen gefunden, viele konnten identifiziert werden.

Auch mein Großvater ist 1942 gefallen, in der Region Woronesch, südlich von Mos-

kau. Vor 30 Jahren habe ich den Ort besucht, aber ich konnte nicht herausfinden, wo genau und wie er ums Leben gekommen ist. Anderen kann ich dabei helfen zu erfahren, was mit ihren Angehörigen im Krieg geschehen ist. In den vergangenen Jahren haben wir uns auf das Gelände eines ehemaligen Gutshofs in Klessin in Märkisch-Oderland in Brandenburg konzentriert. Dort fanden am Ende des Krieges noch schwere Gefechte statt, mit großen Verlusten auf beiden Seiten. Bis heute haben wir dort 247 Kriegstote geborgen. Erst in der vergangenen Woche konnten wir wieder acht Soldaten beisetzen, deren Überreste wir dort gefunden haben.

Alle Informationen, die wir gewinnen, und alle persönlichen Gegenstände wie Erkennungsmarken und Eheringe schicken wir ans Bundesarchiv in Berlin. Die Mitarbeiter versuchen, die Toten zu identifizieren, und verständigen die Angehörigen. Manchmal setzen sie sich mit uns in Verbindung, und gemeinsam zeichnen wir den Lebensweg des Verstorbenen nach. Oft sind Kriege so weit weg, so anonym, aber durch die einzelnen Schicksale lernen wir, wie grausam und sinnlos sie sind.«

Aufgezeichnet von Kristin Haug